

11. Massnahmepaket für einen wirtschaftlichen Aufschwung/Motto: Gastro-Sommer/-Herbst 2021 im Kanton Zürich

Dringliches Postulat Marcel Suter (SVP, Thalwil), Thomas Vogel (FDP, Thalwil)
vom 8. März 2021

KR-Nr. 63/2021, Entgegennahme, materielle Behandlung

Ratspräsident Roman Schmid: Der Regierungsrat ist bereit, das dringliche Postulat entgegenzunehmen. Gemäss Paragraph 55 des Kantonsratsgesetzes haben wir heute über Überweisung oder Abschreibung zu entscheiden. Wird ein Ablehnungsantrag gestellt? Dies ist der Fall. Cristina Cortellini, Dietlikon, beantragt Nichtüberweisung.

Ordnungsantrag

Hans-Peter Amrein (SVP, Küsnacht; fraktionslos): Ich weiss nicht, aber ich denke, der Ordnungsantrag wäre zuerst gekommen. Kein Problem, ich danke, dass ich hier das Wort ergreifen darf.

Ich beantrage Ihnen freie Debatte.

Nach dem, was die vereinigte Mehrheit von Linken und FDP vorher in diesem Rat (*bei der Beratung der Vorlage 5614c*) hier drin gespielt hat, glaube ich, besteht überhaupt kein Grund mehr, in Zukunft noch irgendwann eine reduzierte Debatte zu machen in diesem Rat. Denn Ihnen geht es nicht darum, hier Effizienz hineinzubringen, Ihnen geht es nur darum, dann zu reden, wenn die vereinigte Linke reden will. Deshalb stelle ich Ihnen auch hier den Antrag, dass die Fraktionslosen das Wort ergreifen können. Ich stelle den Antrag auf freie Debatte.

Ratspräsident Roman Schmid: Hans-Peter Amrein stellt den Antrag auf freie Debatte. Dazu benötigt es ein Quorum von 60 Stimmen.

Abstimmung

Für den Ordnungsantrag stimmen 35 Ratsmitglieder. Damit ist das Quorum nicht erreicht. Das Geschäft wird in reduzierter Debatte behandelt.

Marcel Suter (SVP, Thalwil): Heute ist wirklich genau der richtige Tag, um dieses Postulat zu behandeln: Endlich gehen Restaurant-Terrassen wieder auf und die Leute müssen sich nicht mehr auf den öffentlichen Plätzen und Sitzgelegenheiten auf den Füßen stehen. Trainieren ist in Fitnesszentren wieder erlaubt und sogar im Zoo ist beispielsweise das bei vielen Kindern beliebte Aquarium wieder offen. Wir von der SVP sind ausserordentlich erfreut darüber, dass es vorwärtsgeht mit Öffnungen und gleichzeitig mit den Impfungen; selbstverständlich nur, wenn diese Impfungen irgendwann im Kanton Zürich eintreffen. Dieser Kurs muss jetzt

eingehalten werden. Wir sind natürlich auch erfreut darüber, dass der Regierungsrat bereit ist, das Postulat entgegenzunehmen, wobei wir dies von einem bürgerlichen und wirtschaftsfreundlichen Regierungsrat auch so erwartet haben.

Der Grund für das dringliche Postulat sind der erhoffte wirtschaftliche Aufschwung, das heisst kurz- bis langfristig, direkt nach der Pandemie, und auch die Folgen davon. Nachdem während der Pandemie zuerst vieles und teilweise fast alles staatlich geschlossen wurde und immer noch wird, danach die Betroffenen teilweise vom Staat entschädigt wurden, wird von den links-grünen Parteien diese ausserordentliche Situation dazu benutzt, so zu tun, als ob ausgerechnet diese Parteien die grossen Retter der Wirtschaft wären.

Dazu einige Erklärungen vorab: Die jetzt verteilten Staatsgelder kommen leider nicht vom Himmel herab und auch nicht aus den Parteikassen der linken Parteien, sondern diese Gelder wurden vom steuerzahlenden Teil – es zahlen ja nicht alle, man kann es nur immer wieder sagen, Tendenz steigend bei den Nichtzahlenden –, unserer Bevölkerung und der Wirtschaft bezahlt. Alle Parteien links der Mitte haben jahrzehntelang die Gebühren und Abgaben hochgeschraubt und die Bürokratie und die Verwaltung aufgebaut und wollten diese noch mehr ausbauen, was die bürgerlichen Parteien, zumindest ausserhalb der Städte Zürich und Winterthur, oft und zum Glück erfolgreich verhindern konnten. Ausgerechnet diese Parteien, diese in der Regel privatwirtschaftsfremden Parteien wollen jetzt die Retter der Wirtschaft sein. Ja, wir können nur hoffen, dass die Pandemie bald vorbei ist. Ich habe eine schlechte Nachricht für sie: Das hoffentlich baldige Ende der Pandemie muss endlich das Ende der massiven Einmischung des Staates in die Geschäftstätigkeiten der Unternehmen sein und der Beginn von weniger Bürokratie, nochmals gesagt, weniger staatlicher Einmischung und hoffentlich langanhaltendem Wirtschaftsaufschwung, den wir so seit Jahrzehnten nicht mehr erleben durften. Hier muss die Wirtschaftslokomotive Kanton Zürich ganz vorne laufen, besser rennen, und dann kommen auch die Milliarden, die jetzt verteilt werden mussten, wieder herein. Unsere Kinder werden es uns danken.

Natürlich kann ein Postulat an sich nicht alle Probleme lösen, die mit der Wirtschaft in unserem Kanton Zürich zusammenhängen, aber Vorschläge machen und Handlungsbedarf aufzeigen, damit im Allgemeinen die Rahmenbedingungen verbessert werden, das war und ist das Ziel. Ich erlaube mir noch ein paar Vorschläge zu erwähnen: Kurzfristig sind die Massnahmen aufzuzeigen, wie die Konsumstimmung durch gezielte Massnahmen gefördert werden soll. Das Thema «Sonntagsverkäufe» ist nicht überall gleich beliebt, und auch in der SVP gibt es kritische Stimmen. Es geht aber hier um grundsätzlich auf Bundesebene geregelte Sonntagsverkäufe, die bewilligt waren, aber gar nie stattfanden im Dezember 2020 – wegen der Pandemie. Sie könnten jetzt nachgeholt werden. Erleichterungen bei Bewilligungen für Gastronomie und Hotellerie sollten umgesetzt werden, begleitet durch einen Verzicht oder Teilerlass von Gebühren. Natürlich ist auch uns bewusst, dass dies oft auf der Gemeinde- oder Stadtebene passieren muss, aber der Kanton soll die Richtung vorgeben. Und es gibt ja jetzt Anzeichen, dass selbst die Regierung der Stadt Zürich dies einsieht, auch wenn die Bevölkerung bei den aktuellen Temperaturen ohne Heizpilze eher frieren wird auf den Terrassen. Unter

anderem durch diese Massnahmen sollte es ein Ziel sein, einen regelrechten Gastro-Boom im Kanton Zürich zu initiieren. Der letzte Sommer/Herbst hat gezeigt, dass die Hotel- und Gastronomiebranche bereit sein wird und dadurch zumindest ein Teil des ausgefallenen Umsatzertrags des Lockdowns wieder erwirtschaftet werden kann. Mittelfristig gesehen, ist der Regierungsrat aufgefordert, aufzuzeigen, wie dieser die Umsetzung von Projekten und Investitionen – wichtiger Punkt gemäss KEF (*Konsolidierter Entwicklungs- und Finanzplan*) – und deren Finanzierung bereits gesichert ist, vorzieht und diese ankurbelt. In der längerfristigen Optik sind Massnahmen aufzuzeigen, wie die Mittel der Verwaltung besser genutzt und diese effizienter gestaltet werden kann. So soll aufgezeigt werden, wie die Digitalisierungs- und Automatisierungsprozesse gezielt vorangetrieben, Deregulierung und Bürokratieabbau vorgenommen und die offenen Schnittstellen zwischen Verwaltung und Wirtschaft durch beschleunigte Prozesse gelöst werden können. Das war ein grosses Problem und ist es teilweise noch während dieser Pandemie. Weiter soll aufgezeigt werden, wie die departementsübergreifende Zusammenarbeit zugunsten von Wirtschaft und Bevölkerung grundlegend verbessert werden kann. Tatsache ist, dass die Wirtschaftsverbände und die Firmen gerade die erwähnten Punkte teilweise beanstanden. Das heisst, hier gibt es absolut noch Verbesserungspotenzial und das muss jetzt baldmöglichst in die Wege geleitet werden.

Zusammenfassend: Sagen Sie Ja zu diesem dringlichen Postulat und sagen Sie Ja zu einer bald wieder erfreulichen Zukunft der Gesamtwirtschaft, und nicht nur für die Wirtschaftssektoren, die von der Pandemie nicht oder kaum betroffen waren. Die gab und gibt es ja auch und da können wir alle froh sein darüber. Wir Politiker sollten jetzt die Rahmenbedingungen verbessern, damit der beste und wirtschaftsstärkste Kanton der Schweiz – und das ist der Kanton Zürich – das auch weiterhin und in Zukunft bleibt. Vielen Dank.

Cristina Cortellini (GLP, Dietlikon): In diesem Vorstoss wurde so ziemlich alles eingepackt, was man sich politisch als wirtschaftsfreundliche Digitalisierungspartei wünscht: Wirtschaftsförderung, Effizienzsteigerung, Bürokratieabbau, Automatisierung. Das ist eine politische Agenda. Doch genau mit einem solchen Rundumschlag wird bei der Verwaltung ein Administrativ-Monster losgetreten, welches unnötig Steuergelder kostet. Das unterstützen wir Grünliberalen nicht.

Der Wirtschaftsstandort Zürich braucht ein Rahmenabkommen statt Verwaltungsberichte. Als Wirtschaftsmotor der Schweiz sind wir stark auf stabile bilaterale Beziehungen mit Europa angewiesen. Das Verhältnis zu unserem wichtigsten Handelspartner darf nicht weiter destabilisiert werden. Wir fordern vom Regierungsrat, Farbe für den Forschungs- und Wirtschaftsstandort Zürich zu bekennen und sich beim Bundesrat für die Fortführung der erfolgreichen Bilateralen einzusetzen. Eine effektive Wirtschaftspolitik ermöglicht stabile Rahmenbedingungen für die Wirtschaft – statt viel Schreiberarbeit produzierende Postulate.

Wir sind ganz klar für gezielte und konkrete wirtschaftsfördernde Massnahmen, wie liberale Ladenöffnungszeiten, das Nachholen des Sonntagsverkaufs, die Nutzung des öffentlichen Raums für die Gastronomie, viele direkte internationale

Zugsverbindungen an europäische Wirtschaftsräume, Wettbewerb bei Beurkundungsgebühren, Steuerbefreiung kleinerer Unternehmen in den Anfangsjahren, die Förderung von unternehmerischen Impact Hubs und des Innovationsparks sowie insbesondere auch die Verbesserung der Rahmenbedingungen für Neugründungen, um bloss einige greifbare Aktionen zu nennen. Dass auch der Fremdenverkehr für Zürich ausserordentlich wichtig ist, haben wir hier im Rat oft genug betont.

Und noch etwas möchte ich festhalten: Die GLP ist nicht gegen Gäste aus Übersee, im Gegenteil: Wir wollen den Besuchern aus aller Welt die Schönheit unseres Landes vor Augen führen und sie für mehrere Tage nach Zürich locken und mit diversen Attraktionen zur Verlängerung der Aufenthaltsdauer animieren: Kein «Hopp-On-Hopp-Off» mit Ankunft, Selfie vor dem Grossmünster, Uhrkauf an der Bahnhofstrasse und Abfahrt nach Paris, sondern Zürich positioniert als urbane Alpendestination mit Dreh- und Angelfunktion. Denn umfassende Nachhaltigkeit bedeutet eine möglichst hohe lokale Wertschöpfung und geringe negative Konsequenzen für Umwelt, Infrastruktur und die lokale Bevölkerung.

Dringlich erwarten wir von der Regierung, dass sie sich auf zwei bis drei rasch und konkret umsetzbare Aktivitäten beschränkt, welche den Hauptfokus auf die postpandemische Erholung und den wirtschaftlichen Aufholbedarf setzt. Zur Bewältigung dieser Krise müssen ausserdem Investitionen in ökologisch wie finanziell zukunftsgerichtete Massnahmen erfolgen. Für einen Top-Wirtschaftsstandort wie Zürich müssen die Rahmenbedingungen stimmen. Dazu gehören die stabilen Beziehungen mit unserem wichtigsten Handelspartner. Wir fordern daher den Regierungsrat auf, sich in Bern für einen Abschluss des Rahmenabkommens einzusetzen und nicht die Zeit mit Papierkram zu verschwenden. Herzlichen Dank.

Hannah Pfalzgraf (SP, Mettmenstetten): Es ist nicht von der Hand zu weisen, dass die Corona-Pandemie auch Auswirkungen auf die Wirtschaft hat und noch haben wird. Wie konkret diese aussehen und welches Ausmass sie annehmen werden, darüber kann bisher aber nur spekuliert werden. Auch nicht von der Hand zu weisen ist, dass dieses Postulat jetzt nicht gerade ein Geniestreich ist. Dennoch wird die SP das Postulat der Regierung überweisen, denn die Richtung stimmt.

Es ist nicht falsch, dass sich die Regierung Gedanken darüber macht, wie in der näheren Zukunft die Wirtschaft stimuliert werden kann. Denn was wir alle nicht wollen, ist, dass wir von einer Gesundheitskrise – zack – in eine Wirtschaftskrise stolpern. Und dass der Kapitalismus nun mal krisenanfällig ist, ja, das hat die kürzliche Vergangenheit ja schon genug gezeigt. Wir wissen auch, dass in so einer Krise dann die Grossen gerettet werden, doch wir, die 99 Prozent, haben in der Tendenz das Nachsehen. Also: Die Forderung nach mehr Digitalisierung ist unterstützenswert, dank ihr werden Prozesse vereinfacht, Ressourcen gespart, oder die Forderung nach gezielten Investitionen – das sagen wir ja auch immer bei der Budgetberatung –, schön, dass Sie da für einmal auf unserer Seite sind. Und vielleicht lassen sich ja auch gleich zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen: So könnte man insbesondere Investitionen in den ökologischen Umbau des Kantons

fördern. So würde die Wirtschaft angekurbelt und der drohenden Klimakrise etwas entgegengewirkt.

Wesentlich weniger Unterstützung hat die Forderung nach zusätzlichen Sonntagsverkäufen verdient. Das ist doch «Gugus». Durch das Nachholen von verpassten Sonntagsverkäufen wird die Volkswirtschaft auch nicht gerettet, damit werden nur die Arbeiterinnen und Arbeiter zusätzlich ausgebeutet, und das in einem Bereich, in dem die Arbeitsbedingungen endlich mal verbessert werden müssten. Ich bin aber überzeugt, dass sich auch die Regierung bewusst ist, dass dieses «Mini-Pflasterli» mehr politische Opposition und gesellschaftlichen Unmut statt Nutzen bringen wird, und hoffe sehr, dass sie es sich zweimal überlegen wird, ob sie denn diesen Vorschlag auch wirklich umsetzen will. Vielleicht hat sie da aber auch noch eine bessere, etwas wirksamere Lösung. Zum Beispiel könnte man sich überlegen, wie jene besser unterstützt werden könnten, die im letzten Jahr durch die Corona-Krise massiv weniger Einkommen hatten. Eine Unterstützung all jener, die mit 80 Prozent ihres Lohnes oder weniger auskommen mussten, würde die Kaufkraft steigern, was wiederum den Konsum fördert. Denn was bringen Sonntagsverkäufe und was bringt ein Gastro-Sommer oder -Herbst, wenn da niemand ist, der etwas konsumieren könnte, ganz einfach, weil das Geld fehlt?

Also ja, ein Geniestreich sieht anders aus, doch wir setzen auf die Regierung, die dieses Postulat hoffentlich eher als Denkanstoss statt als Anleitung nimmt. Wenn sie sich mal Gedanken darüber macht, welche Massnahmen sinnvoll wären, dann ist das sicher nicht so falsch. Die SP wird das Postulat überweisen. Besten Dank.

Thomas Vogel (FDP, Thalwil): Die Pandemie dauert an, aber irgendwann kehrt eine neue Form von Normalität ein, kommt das gewohnte Leben weitgehend wieder zurück. Und dann wird der Fokus neu gerichtet: Nicht mehr Infektions- und Spitalbelegungszahlen, sondern ganz andere Zahlen werden dann in den Vordergrund rücken, unter anderem Finanzzahlen und Arbeitslosenzahlen. Und die werden nicht schön sein, das wissen Sie so gut wie ich. Wir als politisches Forum, als politische Verantwortungsträgerinnen und Verantwortungsträger sind aufgefordert, Ideen zu entwickeln, die geeignet sind, für die Post-Corona-Phase Wohlstand und Arbeitsplätze zu erhalten und wieder neu zu schaffen. Ein Wettbewerb der guten Ideen ist angezeigt, nicht kleinkrämerischer «Parteiligeist», sondern gemeinsames Anpacken, ein Zusammenstehen für den Wiederaufschwung. Und viele Ideen sind vorhanden, wurden auch schon geäussert, teils bereits in Vorstösse gepackt. Allein meine Fraktion hat weit über 30 Vorstösse eingereicht, die dem Wiederaufschwung dienen sollen. Und auch andere Fraktionen waren aktiv, und das ist gut so. Als Beitrag dazu ist auch dieses dringliche Postulat zu verstehen, welches möchte, dass der Kanton Zürich in einem gebündelten – Zitat – «Massnahmenpaket für einen wirtschaftlichen Aufschwung», so der Titel, kurz-, mittel- und langfristige Massnahmen erarbeitet, mit dem Ziel, die Standortattraktivität des Kantons Zürich zu gewährleisten durch das Stimulieren der Wirtschaft, das Stärken von Innovation und Unternehmertum und das Fördern des Konsums. Dafür haben wir Rezepte im Auge, die vor Corona ihre Richtigkeit hatten und

nach Corona umso mehr. Jetzt geht es darum, Nägel mit Köpfen zu machen und Tempo reinzubringen.

Wo ist mittel- und langfristig anzusetzen? Abbau der Bürokratie, Entlastung der Unternehmen, Investieren in die Infrastruktur, sei es für Bildung, für Umwelt oder für den Verkehr. Dazu gehört übrigens auch, dass es mit dem Innovationspark vorwärtsgeht. Deregulierung, beispielsweise durch Förderung von nachhaltigen und zukunftsfähigen Investitionen, dazu gehört die Forderung nach dem One-Stop-Shop, aber auch die Flexibilisierung von Arbeitszeiten, Stichwort «Home-Office»; Digitalisierungs- und Automatisierungsprozesse gezielt vorantreiben, Chancen nutzen, Risiken minimieren, den Kosten-Nutzen sicherstellen, um Effizienzsteigerungen in der Verwaltung und im Behördenkontakt zu erreichen – Corona hat hier aufgezeigt, dass viel möglich ist, wenn man will oder muss; tiefere Abgaben, befristete Gebührenerlasse, die Umsetzung des zweiten Schritts der SV17 (*Steuervorlage 17*), das Fördern von Innovation durch eine bessere Vernetzung von Forschung und Entwicklung mit der Wirtschaft und immer auch die Vereinbarkeit von Beruf und Familie weiter fördern, volle Abzugsfähigkeit von Betreuungskosten, kurz: Rahmenbedingungen schaffen für die Wirtschaft, wieder loslegen zu können, wenn die Corona-Handbremse gelöst wird. Und weil Tempo rein muss, geht es kurzfristig darum, die Konsumstimmung durch gezielte Massnahmen zu fördern, wie beispielsweise durch flexible Ladenöffnungszeiten, durch zusätzliche Sonntags- und Abendverkäufe, Erleichterungen bei Bewilligungen für Gastronomie und Hotellerie, aber auch bei Veranstaltungen, gerade auch kulturelle. Auch das finanzielle Entgegenkommen bei kantonalen Gebühren ist zu prüfen. Weiter gibt es Programme zu entwickeln, mit denen besonders gebeutelte Branchen, wie der Tourismus, die Gastronomie, der Detailhandel und die Eventbranche, gezielt gefördert werden können.

Ja, das ist ein Paket, da wird vieles verlangt. Ich habe Vertrauen in den Regierungsrat, insbesondere in die Volkswirtschaftsdirektion, diese Anliegen entweder bereits zu bearbeiten oder aufzunehmen – im Interesse aller. Die SP – das muss ich hier wirklich lobend erwähnen – hat Sinn und Geist dieses Vorstosses verstanden, die Grünliberalen leider nicht. Das Votum von Frau Cortellini war eigentlich ein Werbespot für dieses Postulat, leider hat man die falschen Schlüsse daraus gezogen. Schade. Unser dringliches Postulat gibt Gelegenheit zu einer Auslegung und einem Aufzeigen, was die Regierung zu tun gedenkt. Da sollte man sich in meinen Augen nicht querstellen. Wir danken Ihnen deshalb für Ihre Unterstützung.

Jasmin Pokerschnig (Grüne, Zürich): Der Regierungsrat wird aufgefordert, die Wirtschaft zu stimulieren, den Konsum zu fördern, Bürokratie abzubauen und den Digitalisierungsprozess voranzutreiben. Bedeutet dieses Postulat, dass unsere mehrheitlich bürgerliche Regierung bis jetzt geschlafen hat, oder wie dürfen wir dieses Postulat verstehen?

Nun zu den einzelnen Punkten: Förderung des Konsums. Konsumieren ist nur möglich, wenn die Leute noch genug Geld übrig haben, wenn sie die Miete und die Krankenkassenprämien bezahlt haben. Das heisst, die Kaufkraft müsste bei

den unteren Einkommen gestärkt werden, nur so können Sie den Konsum ankurbeln.

Abbau der Bürokratie: Diese Forderung kommt immer gut an, wer mag schon Formulare. Doch der Teufel liegt im Detail: Einerseits erlässt die Politik Gesetze und andererseits ist die Verwaltung für die Qualität der Umsetzung zuständig. Entscheide der Verwaltung müssen nachvollziehbar und überprüfbar sein. Missbräuche sollen entdeckt werden, und ein Controlling wird von allen Beteiligten gefordert. All dies fördert die Bürokratie. Sie sehen, wir stecken in einem Dilemma.

Die Digitalisierung, sie bildet bereits einen strategischen Schwerpunkt des Regierungsrates und ja, die kantonale Verwaltung steht bezüglich der Digitalisierung vor grossen Herausforderungen. Doch der laufende Prozess der Digitalisierung wird durch dieses dringliche Postulat kaum beschleunigt werden können.

Der Sonntagsverkauf: Im Detailhandel sind die Ladenöffnungszeiten im Kanton Zürich von Montag bis Samstag bereits vollkommen liberalisiert. Und von den Sonntagsverkäufen profitieren in erster Linie die grossen Ketten. Die kleinen Geschäfte haben das Nachsehen, denn sie können sich keine Sieben-Tage-Woche leisten.

Neben dem Kanton können auch die Gemeinden handeln. Die rot-grüne Stadt Zürich verzichtet bei dem von Corona betroffenen Gewerbe vorerst für das erste Halbjahr auf Gebühren. Für das zweite Halbjahr 2021 wird ein Gebührenerlass zu einem späteren Zeitpunkt geprüft. Dieser Entscheid kostet die Stadt Zürich jedoch rund 4,5 Millionen Franken.

Das Postulat ist gespickt mit den immer gleichen Wünschen von FDP und SVP und dabei ist kein origineller oder innovativer Gedanke zu finden. Wir lehnen dieses dringliche Postulat ab.

Ruth Ackermann (Die Mitte, Zürich): Ein Massnahmepaket für den wirtschaftlichen Aufschwung zu erarbeiten, inklusive Umsetzungsvorschläge, das unterstützen wir sehr gerne. Was uns jedoch überrascht, ist der gewünschte Umfang dieses Paketes: Wirtschaft stimulieren, Konsum fördern, Bürokratie abbauen, Digitalisierung und, und, und, ein riesiger Umfang – auch bei den Ideen dazu: Sonntagsverkäufe, Erleichterung bei Bewilligungen, Verzicht auf Gebühren, Deregulierung und Bürokratieabbau. Das sind sehr viele Bereiche, Funktionen und Aufgaben, die angepackt werden sollen. Zudem sind wir auch nicht von all diesen Ideen überzeugt. Eine Auflistung von Massnahmen ist sehr schnell gemacht, Papier ist geduldig. Entscheidend ist jedoch, was davon innert nützlicher Frist umgesetzt werden kann, wie, wann und durch wen diese Massnahmen umgesetzt werden.

Wir freuen uns auf ein Paket von zielgerichteten, effektiven Massnahmen, freuen uns auf konkrete Vorschläge, wie sie kurz-, mittel- und langfristig umgesetzt werden können. Wir wünschen uns jedoch explizit Qualität vor Quantität bei den Massnahmen. Die Mitte-Fraktion unterstützt dieses Postulat.

Beat Monhart (EVP, Gossau): FDP und SVP packen in dieses dringliche Postulat so ziemlich ihr ganzes Parteiprogramm hinein. Das ist eine komplette Agenda, ein

Legislaturziel. Was damit schlussendlich bezweckt werden soll, ist unter anderem auch dadurch ersichtlich, dass mit dem Wort «kann» ganz offen eine sehr flexible Handhabung der Sonntagsverkäufe gefordert wird. Aber auch unabhängig davon wird mit diesem Vorstoss einfach zu viel gefordert. Im Moment sträuben sich sowieso die Nackenhaare, wenn ich sehe, was die FDP sonst noch alles fordert. Was da alles liberalisiert werden soll, da sind Sonntagsverkäufe und die Sieben-mal-24-Stunden-Konsumgesellschaft ja gerade noch harmlose Pappkameraden. Wie dem auch sei, man kann in vielem verschiedener Meinung sein. Wir überweisen dieses Postulat jedenfalls nicht. Es ist ja nicht so, dass der Kanton Zürich auf der faulen Haut vor sich hin döst und dankbar darauf wartet, dass jemand kommt und ihn aus dem Dornröschenschlaf erweckt.

Kaspar Bütikofer (AL, Zürich): Die Alternative Liste, AL, wird dieses dringliche Postulat nicht unterstützen. Es handelt sich hier um einen weiteren Corona-Vorstoss. Wir haben es von Thomas Vogel gehört: Die FDP hat 30 solche Vorstösse schon eingereicht, wir haben hier also eine richtige Corona-Vorstoss-Inflation. Aber wenn wir das genau anschauen, dann handelt es sich hier um ein regelrechtes Geschwurbel, das ziemlich realitätsfern ist. Es wird hier ein Sammelsurium von ideologischen Massnahmen gefordert. Es wird tief in die Mottenkiste gegriffen. Gefordert werden Sonntagsverkäufe, weniger Bürokratie, Erleichterungen bei den Bewilligungen, weniger Verwaltung und so weiter, und man kann fragen: «Darf's no es bizzeli meh sii?» Aber ehrlich gesagt, das hilft alles nichts, denn effektiv betroffen ist die persönliche Dienstleistungsbranche, und hier hilft nur, wenn die Kaufkraft gehoben beziehungsweise erhalten werden kann. Nur so kann die Konsumentenstimmung erhalten bleiben. Aber das sind alles Massnahmen, die eben nicht die Konsumentenstimmung heben und erhalten. Auch der Tourismus wird sich nicht so leicht erholen, auch wenn Sie am Sonntag offen haben. Die Fernmärkte, die Chinesinnen und Chinesen werden nicht deshalb nach Zürich kommen, wir werden hier mit einer ganz langsamen Erholung rechnen müssen. Was hilft, ist, dass man effektive Massnahmen ergreift zum Erhalt der Kaufkraft, beispielsweise, dass die Kurzarbeit für tiefe und mittlere Einkommenskategorien zu 100 Prozent entschädigt wird oder Geschäftsmieten reduziert werden, beispielsweise für Restaurants – hier hat die Stadt Zürich mit dem «Ein-Drittel-Modell» eine Vorreiterrolle eingenommen – oder aber, dass wir das Härtefallprogramm von Bund und Kanton sauber umsetzen. Aber bei all diesen Massnahmen: Wo war da die SVP, wo war da die FDP? Nirgends. In Bundesbern haben sie verhindert, dass die Kurzarbeit zu 100 Prozent entschädigt wird. Die FDP und SVP haben auch verhindert, dass es eine Reduktion der Geschäftsmieten gibt. Und die Koalition FDP/SVP hat dazu geführt, dass wir beim Härtefallprogramm die Umsatzeinbussen von 40 auf 50 Prozent erhöht haben. Also die FDP und die SVP haben alles gemacht, um hier etwas gegen den Erhalt der Kaufkraft zu machen. Das jetzige Geschwurbel ist realitätsfern und es zeigt, wie weit weg diese beiden Parteien von der Realwirtschaft sind. Wir lehnen dieses dringliche Postulat ab.

Marcel Suter (SVP, Thalwil) spricht zum zweiten Mal: Ich bin selten sprachlos, aber Herr Bütikofer hat es tatsächlich fast erreicht, dass ich schmunzeln muss. Gut, ich fange gerade mit ihm an: Geschätzter Kaspar, ich muss dir eines sagen: Wenn wir weit weg sind von der Wirtschaft, dann – ich weiss wirklich fast nicht mehr, was ich dazu sagen soll. Denn man ist immer so weit weg, man fängt am besten bei sich persönlich an. Und ich bin nicht weit weg von der Wirtschaft, das kann ich Ihnen sagen. Denn wenn man selber Firmen hat, an Firmen beteiligt ist, Firmen aufgebaut hat, Lehrlinge hat und so weiter, dann ist man nicht weit weg. Auch unsere Wählerinnen und Wähler, unsere anderen Kantonsrätinnen und Kantonsräte der bürgerlichen Parteien machen in der Regel genau das, wir sind also wirklich nicht weit weg. Und was wir auch machen: Wir reden mit der Wirtschaft. Also selbst wenn wir weit weg wären, was wir nicht sind: Wir reden mit ihr. Das habe ich gemacht, bevor ich dieses Postulat eingereicht habe, und so ist es entstanden. Ich habe nie den Anspruch und habe ihn auch jetzt nicht, dass es der Weisheit letzter Schluss ist. Ich bin ja nicht in der Regierung. Wir geben Massnahmen-Vorgaben und werden dann schauen, was daraus wird. Aber das, was getan werden muss, das ist wichtig. Ich danke der SP, ich habe Hoffnung. Ich bin glücklich, dass sie eingesehen hat, dass einiges getan werden muss. Es ist eben nicht nur das Parteiprogramm von FDP und SVP, sondern ganz allgemein: Digitalisierung beispielsweise ist meiner Meinung nach parteiunabhängig, und ich danke, dass Sie da mitmachen. Ein Wort zur GLP: Meine Kollegin weiss es schon, ich bin natürlich enttäuscht, dass die GLP eigentlich inhaltlich einverstanden ist, es aber wegen des Ausmasses oder aus welchen Gründen auch immer ablehnt. Das verstehe ich nicht, denn wir müssen einsehen: Wenn ich die einzelnen Punkte herausgenommen und verschiedene Anträge, Vorstösse gebracht hätte, dann wäre der Aufwand nicht kleiner, sondern grösser geworden. Das wäre mit Sicherheit so gewesen.

Und noch ein Wort: Wir sollten uns ja in erster Linie auf kantonale Themen beschränken, aber Frau Cortellini hat es erwähnt, das Rahmenabkommen. Ja, gut, das Rahmenabkommen ist im Moment ein nationales Thema, es ist faktisch tot und es ist nicht nur die SVP dagegen. Und es würde auch das Ende der bilateralen Wege bedeuten. Es ist daher wirklich nicht etwas, wofür sich der Regierungsrat und der Kanton Zürich besonders einsetzen sollten, zumindest nicht in diesem Rahmen, wie das Rahmenabkommen jetzt vorliegt. Ich danke den Leuten, die gesehen haben, dass wir etwas machen müssen, im Namen der Wirtschaft. Besten Dank für die Unterstützung.

Abstimmung

Der Kantonsrat beschliesst mit 108 : 54 Stimmen (bei 4 Enthaltungen), das dringliche Postulat KR-Nr. 63/2021 zu überweisen. Das Geschäft geht an den Regierungsrat zur Ausarbeitung eines Berichts innert einem Jahr.

Das Geschäft ist erledigt.